Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeld freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 17. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund".

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeiger durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonnabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 58 — Donnerstag, den 15. Mai — 1930

Eine deutsche Saardelegation in Genf

Französische Hinterlist bei den Saarverhandlungen?

Genf. Wie in Genf verlautet, trägt man sich in französischen Kreisen mit der Absicht, den alliierten Bahnschutz im Saargebiet nach der Räumung des Rheinlandes nicht etwa zurückzuziehen, sondern ihn in der Form eines Grubenschutzes im Saargebiet zu belassen.

Unter Führung des Kommerzienrats Röchling ist eine Delegation aus dem Saargebiet in Genf eingetroffen. Die Delegation beabsichtigt, mit den einzelnen Ratsmitgliedern Verhandlungen über verschiedene Fragen des Saargebietes aufzunehmen. In saarländischen Kreisen wird vor allem die Forderung aufgestellt, daß der alliierte Bahnschutz im Saargebiet gleichzeitig mit der Räumung des Rheinlandes Ende Juni zurückgezogen werden muß. Bei der Zusammenkunft zwischen Dr. Curtius und Briand hat die Saarfrage eine hervorragende Rolle gespielt.

Welchen Druck die Verwaltung der Saargruben auf die Bergarbeiter ausübt,

geht aus den Beschwerden hervor, die die saarländische Abordnung gegen die augenblickliche französische Verwaltung des Saargebietes richtet. Der neuernannte Generaldirektor der Saargruben, Guillaume, hat angeordnet, daß die Bergarbeiter mit allem Nachdruck veranlaßt werden sollen, ihre Kinder in Zukunft nicht in die deutschen, sondern in die französischen Schulen zu schicken. Zu diesem Zweck haben die von der Grubenverwaltung angestellten Lehrer der französischen Schulen den Kindern Hundertfrankenscheine in die Hand gedrückt, um sie so zum Eintritt in die französischen Schulen zu bewegen. Außerdem hat die französische Grubenverwaltung den lothringischen Bergarbeitern, die sich als deutsche naturalisieren lassen, angedroht, daß sie innerhalb vierzehn Tagen entlassen würden, wenn sie nicht sofort ihre Naturalisierung als Deutsche zurückzögen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte in Genf kurz vor dem Beginn der Sitzung des Völkerbundrates eine Besprechung mit dem polnischen Außenminister Zaleski, die jedoch nur von kurzer Dauer war. Sachliche Ergebnisse dieser Unterhaltung liegen nicht vor.

Dr. Curtius hatte mit dem französischen Außenminister Briand ferner eine Unterredung, die auf die Frage der Abrüstung und auf die Rheinlandräumung sich bezog. Aus den verschiedensten Gründen sind neue

diplomatische Besprechungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Rheinlandräumung

nötig geworden. Es gibt Anzeichen dafür, daß man in maßgebenden diplomatischen Kreisen in Paris ernste Bedenken hat, ob nicht ein seit längerer Zeit versuchter Vorstoß der französischen Generalität gegen die Räumung der dritten Zone am 30. Juni nun bei den französischen Diplomaten schließlich doch Erfolg haben könnte. Die französische Presse beschäftigt sich seit acht Tagen mit dieser Frage. Man spricht davon, daß die Fristen nicht ausreichen und daß Frankreich nicht in der Lage sein würde, 50 000 Mann in den jetzt noch zur Verfügung stehenden etwa 40 Tagen zurückzuziehen.

Zu dieser Verzögerungstaktik Frankreichs gehört auch der neue Streit, der nicht nur von militärischer, sondern auch von französischer diplomatischer Seite über die Zerstörung von Flugzeuganlagen im besetzten Gebiet und in der dritten Zone eingeschritten worden ist.

In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundrates

hörte der Völkerbundrat die Berichte des Ausschusses für die Bekämpfung des Frauenhandels, über den Kinderschutz sowie einen Bericht über die Beseitigung der Zollschranken für Kulturfilme an. Außerdem wurde Bericht erstattet über die Ratifizierung des Sklavereiabkommens. Ueber den Rücktritt Geheimrat Kastls von seinem Posten als deutsches Mitglied des Mandatsausschusses des Völkerbundes berichtete der tschechoslowakische Außenminister Prokope. Der Völkerbundspräsident sprach Geheimrat Kastl seinen Dank aus. In einer geheimen Sitzung, die anschließend an die öffentliche Sitzung stattfand, wurde der Leiter der Kriegslastenkommission in Paris, Ministerialdirektor Dr. Ruppel, an Stelle Geheimrat Kastls zum deutschen Mitglied des Mandatsausschusses des Völkerbundes ernannt.

Diplomatie am Frühstückstisch.

Zusammenkünfte zwischen Briand, Henderson und Grandi.

Genf. Vor der Ratssitzung am Dienstag fand zwischen den drei Außenministern Briand, Henderson und Grandi eine Besprechung statt, die etwa ¾ Stunden dauerte. Die drei Minister erklärten später den Journalisten, daß man die in London aufgenommenen Beratungen über eine italienisch-französische Flottenverständigung in Genf fortsetzen werde und die Absicht bestehe, dauernd auf dem normalen diplomatischen Wege in Verbindung zu bleiben, daß man jedoch das Ende und Ergebnis dieser Besprechungen unmöglich jetzt schon voraussagen könne.

Auf die Frage, ob man die Einberufung einer italienisch-französischen Sonderkonferenz ins Auge gefaßt habe, wurde erklärt, daß dies nicht der Fall sei. Es werde auch auf anderem Wege die Möglichkeit bestehen, die gesamte Frage weiter zu behandeln. Die drei Minister erklärten noch, daß sie gelegentlich eines gemeinsamen Frühstücks zwischen ihnen die gemeinsamen Besprechungen fortsetzen wollen.

Fragen des Reichsverkehrsministeriums

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Dienstag zunächst die Neuverteilung der Ausschußreferate vorgenommen, die durch die Spaltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion erforderlich geworden ist. Nach längerer Aussprache ernannte der Vorsitzende, Abg. Stücklen (Soz.), mit Zustimmung der Ausschußmehrheit den Abg. von Freytagh-Loringhoven (Dnat.) zum Berichterstatter des Etats des Auswärtigen. Er übertrug der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft die Korreferate bei den Etats der Reichspost und des Reichstags.

Die Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums wurde darauf fortgesetzt. Es wurde über den Antrag der Wirtschaftspartei verhandelt, der die Summe von 50 000 Mark für die Aufschließung der Schiffstagebücher in der Deutschen Seewarte streichen will. Der Antrag auf Streichung wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Minister von Guérard sprach anschließend über

die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Rückgliederung des Saargebiets

und über die Finanzierung des Landstraßenbaues. Diese Finanzierung sei vor aller Sache der Länder und Gemeinden. Es stehe noch dahin, wann Anleihen wieder aufgenommen werden könnten. Zunächst müsse die Young-Anleihe erledigt werden. Ein einheitlicher Straßenplan für das Reich sei eine Notwendigkeit. Ein durchgehender Straßenplan sei vom Reichsverkehrsministerium im Benehmen mit den Ländern bereits ausgearbeitet worden.

Nach längeren Ausführungen des Reichsverkehrsministers wurden ein Zentrumsantrag auf Streichung von 840 000 Mark und ein weiterer Streichungsantrag der Wirtschaftspartei abgelehnt, da sich Sozialdemokraten und Deutschnationale dagegen wandten. Die Ueberweisung an den Unterausschuß wurde beschlossen.

Der Haushaltsausschuß ging nunmehr zum Kapitel „Allgemeine Haushaltsausgaben auf dem Gebiete der Luftfahrt" über. Ministerialdirigent Dr. Brandenburg erblickte die wichtigste Förderung der Luftfahrt in der Vergebung von Aufträgen durch das Reichsverkehrsministerium und durch die dem Reich nahestehenden Institute. Für diesen Zweck müßten etwa 4 Millionen Mark in Aussicht genommen werden. Die

Förderung der Flugzeugindustrie

könne auch durch Förderung des Absatzes im In- und Auslande erfolgen. Das Reichswirtschaftsministerium habe für die Exportkreditförderung 175 Millionen Mark zur Verfügung. Hieran könne die Flugzeugindustrie teilhaben. Das Risiko für Flugzeugauslandsgeschäfte sei mit etwa 17 Prozent zu bemessen.

Reichsverkehrsminister von Guérard erklärte, daß unsere Luftfahrtindustrie den Wettbewerb mit dem Ausland nicht aushalten könne, wenn ihr nicht ein Ersatz für die in anderen Ländern gegebenen Staatsaufträge geboten würde. Im vorliegenden Etat würden rund 7 Millionen mehr angefordert. Die Richtlinien seien im Benehmen mit dem Reichstag und Reichsrat fertigzustellen und sollten in einer besonderen Ausschußsitzung gemeinsam besprochen werden. Eine deutsch-russische Betriebsgemeinschaft würde uns auch nicht den erwarteten Absatz deutscher Flugzeuge bringen.

Der Minister erklärte, er lehne es ab, den von der Luft Hansa mit der chinesischen Luftverkehrsgesellschaft abgeschlossenen Vertrag zu unterschreiben. Er werde dagegen die Berlin—Konstantinopel—Angora—Bagdad fördern. Sie habe Anschluß an die englische Linie nach Indien, den Osten und vielleicht nach Australien. Auch die Transozeanlinie nach Südamerika solle gefördert werden.

Der Vertreter der Wirtschaftspartei, der bekannte frühere Kampfflieger Sachsenberg, lehnte die Investierung von Reichsmitteln für die Rußlandstrecken ab. Er trat dann für eine Subventionierung der Luftschiffe auf der Linie Spanien—Südamerika ein, weil die letzte Weltreise des Zeppelin erwiesen hätte, daß wir hier noch keineswegs am Ende der Entwicklung stünden. Die politische Entwicklung durch das französische Monopol in Portugal gebe außerdem dem Luftschiff auf absehbare Zeit viel größere Chancen als dem Flugzeug. Dann verlangte der Redner die Unterstützung des Reiches für den Motorbau. Abg. Sachsenberg verlangte zum Schluß, daß das Reich die Aktienmehrheit der Luft Hansa erwerbe, was um so leichter sei, als eine Reihe von Ländern und Gemeinden dem Reich ihre Anteile abtreten wollten.

Reichsverkehrsminister von Guérard antwortete, daß das Luftschiff seine Bedeutung für den internationalen Verkehr voll bewiesen habe, daß man aber bei den Transozeanaufgaben den Flugverkehr nicht vernachlässigen dürfe, da die Post die schnellsten Beförderungsmittel bevorzuge. Das Monopol der Luft Hansa sei ein Monopol von Reichssubventionen, nicht aber ein Monopol auf den Verkehr. Die Entwicklung in allen Ländern der Welt gehe auf Konzentration des Luftverkehrs und der zur Verfügung stehenden Subventionen. Man würde der Luftfahrt nicht dienen, wenn man gegenwärtig an diesem System etwas ändern wolle. Der Anregung, die Majorität bei der Deutschen Luft Hansa zu erwerben, erklärte der Minister, könne er nicht folgen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der den für die Förderung von Flughäfen eingesetzten Betrag von 300 000 auf 100 000 Mark herabsetzt.

Nach längerer weiterer Debatte wurde der Rest des Verkehrsetats bewilligt.

Anleiheverhandlungen der Reparationsbank.

Basel. Das Unterkomitee der Internationalen Reparationsbank wird am Donnerstag zusammen mit den Bankiers und den Vertretern der Schatzämter in Basel die Verhandlungen über die große Emissionsanleihe weiterführen.

Die Auswahl der weiteren Angestellten der Bank soll nicht wie beim Völkerbund nach Nationalitäten erfolgen, sondern nach der Eignung der betreffenden Persönlichkeit. Das Gehalt des Verwaltungsrats beträgt rund 200 000 Mark pro Jahr. Der Vizepräsident bezieht etwa 160 000 Mark pro Jahr. Generaldirektor Quesnay erhält jährlich eine Entschädigung von rund 125 000 Mark, während der deutsche Vizegeneraldirektor Dr. Hülse etwa 105 000 Mark und Direktor Pilotti etwa 80 000 Mark erhalten.

Milderung der Strafjustiz?

Dem Reichstag ist ein Antrag Dr. Marum (Soz.), Dr. Kahl (D. V. P.), Ehlermann (Dem.) und Genossen zugegangen, der sich mit dem Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Fortführung der Strafrechtsreform befaßt. Nach dem Antrag sollen die dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwürfe eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzuggesetzes der Beschlußfassung des Reichstages auch in der folgenden Wahlperiode unterliegen, wenn der Reichstag in der vierten Wahlperiode nicht über sie beschließt. Die Entwürfe sollen dann als neue Vorlagen gelten.

Bis zum Inkrafttreten eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches soll bei allen Verbrechen und Vergehen des Strafgesetzbuches vom 15. Mai 1871 beim Vorliegen mildernder Umstände die ordentliche Strafe nach folgenden Grundsätzen gemildert werden können: An Stelle von Todesstrafe und lebenslänglichem Zuchthaus kann auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren, an Stelle von lebenlanger Festungshaft auf Festungshaft nicht unter drei Jahren, an Stelle von zeitiger Festungshaft auf Festungshaft nicht unter drei Monaten, in allen übrigen Fällen auf Gefängnis nicht unter drei Monaten erkannt werden. Bei Vergehen kann auf das gesetzliche Mindestmaß der angedrohten Strafe herabgegangen werden. Die eben genannten Vorschriften sollen auch für das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen, für das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse und für das Gesetz zum Schutz der Republik gelten.

Kundgebung der sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale veranstaltete in Berlin eine Kundgebung, auf der Vertreter der verschiedensten europäischen Staaten sprachen. Als erster Redner feierte der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Vandervelde-Belgien, die deutsche Sozialdemokratie als die stärkste sozialistische Partei der Welt. Der Vertreter Italiens, Modigliani, erklärte, die Demokratie besitze heute die wichtigste Position in Europa.

Otto Bauer-Oesterreich erklärte, die österreichischen Sozialisten würden sich von keiner Macht daran hindern lassen, ihren sehnlichsten Herzenswunsch, den Anschluß an Deutschland, zu vollziehen. Der Vertreter Englands, Brockway, führte u. a. aus, die Regierung Macdonald habe es als erste unternommen, die ehemals Kriegführenden zusammenzubringen. Der Vertreter Frankreichs, Longuet, erinnerte an das Wort Liebknechts, der seinerzeit erklärt habe, das deutsche und das französische Proletariat seien getrennt durch einen Strom von Blut. Ueber diesen Strom von Blut müßten beide Parteien sich aber die Hände reichen.

Der russische Vertreter Abramowitsch erklärte, die russische sozialdemokratische Partei habe nicht gegen eine kapitalistische Regierung zu kämpfen, sondern gegen die Regierung, die sich als Arbeiter- und sozialistische Regierung ausgebe. Die wirtschaftliche Krise sei dort eine derartige, wie man sie seit zehn Jahren nicht mehr erlebt habe. Die Sowjetregierung schaffe mit eigener Hand die Gegenrevolution.

Gibt es einen Pressechef im Rheinland-Ministerium?

Wie man erfährt, trifft die Meldung, daß Reichsminister Treviranus die Sekretärin Erzbergers und Dr. Wirths, Fräulein Dr. Blesch, zum Pressechef im Reichsministerium für die besetzten Gebiete ernannt habe, in dieser Form nicht zu. Vielmehr hat in Abwesenheit von Treviranus der stellvertretende Staatssekretär eine auf Privatvertrag Angestellte des Ministeriums, die der frühere Rheinminister Dr. Wirth für seinen Verkehr mit der Presse verwandte, einstweilen mit der Erledigung einiger Presseangelegenheiten beauftragt. Die etatsmäßige Stelle des Pressereferenten bleibt bis zur endgültigen Klärung über das Schicksal des Rheinministeriums vorläufig unbesetzt. Es kann mitgeteilt werden, daß sowohl der Minister wie der Staatssekretär von der ihnen durch die Presse bekanntgewordenen „Ernennung" außerordentlich überrascht waren.